

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1912. Nr. 87.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 205.

Druckpreis für Halle und Bereiche 2.50 Mk. durch die Post bezogen 3 Mk. für den Vierteljahr. Die Halle'sche Zeitung erscheint wöchentlich fünfmal. Dr. Walter'sche Druckerei, Halle a. S., Unterwallstraße (Eingangsbau) 1272. Druckort: Halle a. S., Unterwallstraße (Eingangsbau) 1272. Druckort: Halle a. S., Unterwallstraße (Eingangsbau) 1272.

Zweite Ausgabe

Abdruck von Artikeln für die Halle'sche Zeitung ist nur mit Genehmigung der Redaktion zulässig. Die Halle'sche Zeitung ist eine politische Partei. Die Halle'sche Zeitung ist eine politische Partei. Die Halle'sche Zeitung ist eine politische Partei.

Gefäßstelle in Halle a. S.: Schulze Straße Nr. 61 u. 62. Telefon 155 u. 158; Redaktionsgebäude 1272. Chefredakteur: Dr. Walter Oebenbrenner in Halle a. S.

Wittwoch, 21. Februar 1912.

Gefäßstelle in Berlin: Fernbergstrasse 30. Telefon Nr. Ruckhaff Nr. 6290. Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

Die Unwandelbarkeit der Sozialdemokratie.

Den Kern des Sammelrufes des Reichstanzlers gegen die Sozialdemokratie bildet der überzeugende Nachweis, daß die Sozialdemokratie eine revolutionäre Partei ist und nach wie vor bleiben wird, während die bürgerliche Linke ihre Mobilisierbarkeit mit der Behauptung der Wählerfähigkeitsfähigkeit der Sozialdemokratie zu begründen sucht. Demgegenüber hat der Kanzler in seiner letzten Reichstagsrede darauf hingewiesen, daß es ihm die Sozialdemokratie arg verdenkt würde, wenn er sie für wandelbar, wenn er sie für nicht fest hielte, von ihren Dogmen aus nur ein Tütelchen aufzugeben, von ihren Dogmen des Klassenkampfes, der Loyalität gegen die bürgerliche Gesellschaft und gegen unsere monarchische Staatsordnung. Wie recht Herr von Bethmann Gollweg hat, bezeugt jetzt wieder, nachdem die opportunistischen Wahlkandidaten auf die Willkür fortgefallen sind, tagtäglich die sozialdemokratische Presse, bezeugt auch der Wortführer der Sozialdemokratie der Reichstagsrede. Siehe, er erklärte: „Ich bin überzeugt, das gesamte Volk aller meiner Parteigenossen, welcher Richtung sie auch angehören, anzuschreiben: daß alle mit Gültigkeit den Verdacht zurückweisen, als ob irgend welche Sozialdemokraten zu einer Rückwärtsbewegung der Sozialdemokratie in eine bürgerliche Partei die Hand bieten würden.“ „Der Sozialismus lautet: „Die Antwort auf Bethmann“: „Der Kapitalismus ist der Feind! Der Kampf gegen ihn muß mit größerer Energie geführt werden als jeher. Wieder mit dem Kapitalismus — es lebe der Sozialismus!“ Noch etwas deutlicher und härter lautet die Antwort auf Bethmann in der Leipziger Volkszeitung: „Die Sozialdemokratie liest sich auf ihre wachsende Macht, und kalten Blutes ruft sie ihren Gegnern zu: Wir sind rücksichtslos, wir verlangen keine Rücksicht von Euch! Der Kampf zwischen uns wird nicht im Parlament entschieden! Nicht mit Reden, sondern durch die Aktionen der Arbeiter!“

Trotzdem werden die Liberalen dabei stehen, daß sich die Sozialdemokratie zu positiver Mitarbeit, und zwar im Parlament, „erziehen“ lassen muß. Darauf, daß sich die „Genossen“ von den Liberalen nicht erziehen lassen wollen, können diese nicht die geringste Rücksicht nehmen: denn sonst bräche ja ihre ganze Mobilisierbarkeit, die diese Erziehung zu gemeinschaftlicher positiver Arbeit zur Voraussetzung hat, zusammen. Die liberale Erziehungsschule muß daher unter allen Umständen beibehalten werden, auch als bloße Illusion. Nur überziehen die liberalen Zukunftsmeister der Sozialdemokratie dabei, daß ihre Didaktik, wie sie auch auf die „Genossen“ keine Wirkung ausübt, so doch nicht ohne Wirkung für die eigene Partei bleibt. Denn die Folge der befähigenden liberalen Erziehung, daß sich die Sozialdemokratie manieren müsse und daher für die Erziehung von der Revolution zur Reform empfänglich sei, muß schließlich sein, daß die liberale Wählerkraft die Sozialdemokratie nicht mehr für staatsfeindlich und staatsgefährlich ansehnt und daher kein Bedenken mehr trägt, sozialdemokratisch zu stimmen, wie das ja auch bei der Präsidentschaftswahl der Vertreter im Reichstags tun, und am Ende ganz zur Sozialdemokratie überzugehen. Der Reichstanzler hat recht, wenn er sagt: in dem Stimmzettelhäufchen, auf den die Sozialdemokratie so stolz sei, stehe hier viel Glaube an die Angehörigkeit der Sozialdemokratie. Diejenige Glaube vertreten jene ehemaligen Liberalen, welche infolge des in ihnen erzagten Wahns von der Wandelbarkeit der Sozialdemokratie bei den Wahlen zu diesen hielten. Die 110 Stimmen im Reichstags und die Willkür, die am 12. Januar die Sozialdemokratie mehr an Stimmen als 1907 erhalten hat, sind das Ergebnis der unheilvollen Verwirrung im Volk, welche die Liberalen hervorbrachten, indem sie mit ihrer Aufräumungs- und Erziehungsdoktrin, wie der Reichstanzler treffend bemerkte, die Scheideltung aller Reichskräfte bewirkte, welche die Grundanschauung aller bürgerlichen Parteien von der sozialdemokratischen Staatsauffassung trennt. Die Liberalen werden so lange die Lehren von der Wandelbarkeit der Sozialdemokratie predigen, bis der letzte von ihnen von der Wildklau verkommen ist.

Deutsches Reich.

* Zur Kaiserreise nach der Schweiz wird aus Bern gemeldet: Die Herbstmonarchen des 3. Armeekorps, denen der deutsche Kaiser einen oder zwei Tage beizutreten wird, werden vorwiegend zwischen Zürich und Wil (in der Nähe von St. Gallen) stattfinden.

* Die endgültige Präsidentschaftswahl. Die erneute Präsidentschaftswahl wird im Reichstags voraussichtlich am 12. März stattfinden. In Zusammenhang der bürgerlichen Fraktionen seien, wie Berliner Blätter melden, Besprechungen über die neue Wahl bereits eingeleitet worden.

* Der Sentimentalton des Reichstags hielt gestern eine Besprechung zur Beratung der Gesetzesänderung ab. Zu der heutigen Sitzung kommen die Zentrumspartei und die für die fortgeschrittenen Volkspartei und der Sozialdemokratie zur Beratung. Man hofft, damit am Donners-

tag zu Ende zu kommen. Darauf sollen die vorgelegten Gesetzentwürfe betreffend den Mädchenhandel, die Schutztruppe und die Staatsangehörigkeit zur Beratung gestellt werden. Man rechnet damit, in diesem Monat fertig zu werden. Am 1. März soll dann die zweite Lesung des Etats beginnen. Am 29. März wird der Reichstag in die Osterferien gehen. Die 11. und 12. sowie am 25. März ist ein freier Tag, so sind im März 21 Sitzungstage. Es herrscht die Meinung vor, daß diese nicht genügen, um den Etat rechtzeitig bis zum 1. April fertig zu bringen. Die Beratungen beginnen beim Etat des Reichsamt des Innern, es folgen der Reichsamt des Reichsamt, der Postamt. Nach dem Osterfest soll dann der Fiskus- und Geheimschatz des Reichsamt des Reichsamt und der Reichsamt erledigt werden.

* Der Reichstag führte gestern die erste Lesung des Etats zu Ende und verabschiedete ihn in die Budgetkommission. (Vergl. den Parlamentsbericht.)

* Das Abgeordnetenhaus übermittelte gestern den Entwurf des Wassergesetzes einer Kommission von 28 Mitgliedern. (Vergl. den Parlamentsbericht.)

* Zum Kampf gegen die Tuberkulose. Wie man uns schreibt, hat der preussische Minister des Innern die Regierungsvorhaben beauftragt, eine genaue Feststellung aller vorhandenen Lupusfälle in die Wege zu leiten.

Diese Anordnung erfüllt eine Bitte der Lupuskommission des Deutschen Zentral-Komitees zur Bekämpfung der Tuberkulose, deren Hauptaufgabe darin besteht, diejenigen Lupusfälle, welche sich noch im Anfangsstadium der Krankheit befinden, der sehr ausführlichen Heilbehandlung zuzuführen. Zu diesem Zweck ist die Feststellung aller, auch der noch nicht in Behandlung befindlichen Fälle von Lupus von größter Wichtigkeit. In mehreren Kreisen sind bereits unter Mitwirkung der Landräte mit Hilfe der Gemeindeverbände und der Ärzte Listen aller Lupuskranken aufgestellt. Dabei sind in einzelnen Kreisen 40 bis 60 Fälle angegeben, die noch außer Behandlung waren, und vermehrte ebenfalls der Behandlung unterzogen werden. Nach den bisher erzielten Erfolgen beabsichtigt die Lupuskommission in allen Kreisen der Monarchie auf Grund der in die Wege geleiteten Feststellungen bei allen noch heilbaren Kranken ein Selbstversprechen einzuliefern. In den Fällen, wo zur Zahlung Verpflichtung nicht vorhanden sind, und die Kranken selbst die Mittel nicht aufbringen können, ist die Lupuskommission bereit, auch einen Teil der Behandlungskosten zu übernehmen.

Für die Zahlung der Kranken sind besondere Zahlarten hergestellt, die von der Kommission in beliebiger Zahl zu beziehen sind.

* Was kostet unsere weibliche Jugendpflanze? Der Evangel. Frauenverband für Deutschland schreibt: Man hat unter Jahrhundert das Jahrhundert der Frau genannt, und gewiß beabsichtigt die Frauenfrage ernstlich viele Fremde unseres Volkes und Vaterlandes. Wie sehr aber bisher die Frauenfrage im öffentlichen Leben hat zurücktreten müssen, zeigt deutlich die Tatsache, daß die preussische Staatsregierung wohl für die Pflege der männlichen Jugend im vorigen Jahre eine Summe von einer Million ausgeworfen hat und eine Erhöhung auf 1 1/2 Millionen in dies-jährigen Etat vorschlag, daß sie aber für die Pflege der weiblichen Jugend wenig, kein Mittel aufbringen zu können. Aber wo ein Mann ist, da ist auch ein Weib. Und in dem Augenblick, wo die Unterbringung der weiblichen Jugendpflanze von unserer Staatsregierung und von unseren Volksvertretern ebenso als Notwendigkeit anerkannt wird, wie die männliche Jugendpflanze, wird auch die erforderliche Summe sich finden und in den Etat eingelegt werden. Der Evangel. Frauenverband macht die beiden in Frage kommenden Körperparteien: Staatsregierung und Landtag darauf aufmerksam, daß alle der weiblichen Jugendpflanze entgegenzubringen, notwendige und gegenwärtige Hilfe nur dann den beabsichtigten Zweck erfüllen können, wenn auch dem weiblichen Geschlecht die gleiche Hilfe zuteil wird. Denn auch ihm ermahnen den Männern die Frauen, die treuen Gesinnungen und dem kommenden Geschlecht die Männer, von denen in erster Linie das Weib der künftigen Generation abhängt — Rang ist schon hätte man erkennen sollen, daß jetzt dem gewaltigen Aufschwung der modernen Industrie das weibliche Geschlecht unter deren Schatteneigenen am meisten zu leiden hat, daß unsere weibliche Jugend durch das ungeheure Schlaflosleiden, durch die Schwermüdigkeit und Verwundungen der Fremde noch ganz anders bedroht und gefährdet wird, als die männliche Jugend, und daß den Töchtern unseres Volkes darum in erster Linie Hilfe gebracht werden muß. Wächten unserer weiblichen Jugend, dem Geschlecht unserer Schwägerinnen und Töchter, unserer Mütter und Gattinnen schlaflosende und warmherzige Verteidiger in den beiden Säulenhallen des Reichstags und vor allem auch in unserer hohen Staatsregierung erleben!

* Deutsche Offiziere für Südamerika. Bekanntlich sind in der drei südamerikanischen Staaten Argentinien, Chile und Bolivien deutsche Offiziere als Ausbilder der dortigen Heere tätig. Die Verhandlungen mit Brasilien sind nun, wie man uns mitteilt, soweit gediehen, daß auch nach dort zu gleichem Zweck deutsche Offiziere gehen werden. Auch Ecuador trägt sich mit der Absicht, deutsche Offiziere zu Auszubildenden heranzuziehen.

* Spionage in Deutschland und England. In der Sitzung des englischen Unterhauses am 20. d. W. fragte der Unionist Hunt, ob nicht die Regierung mit Rücksicht auf die Verschärfung einer Jugendpflanze in den letzten Spionageprozess eines britischen Unterleuten vor dem Reichsgericht in Leipzig in freundschaftlicher, nicht formeller Weise sondieren wolle, um eine neue Verhandlung oder eine Revision des Verfahrens bei der deutschen Regierung durchzuführen. Staatssekretär Goch erwiderte: Es würde für die britische Regierung ganz anstandslos sein, den Versuch zu machen, in dieser Sache amtliche Schritte zu tun. Der Unterleutnant fragte, ob zwischen dem britischen und dem deutschen Auswärtigen Amt Mitteilungen über den Fall Statut stattgefunden hätten. Hierauf antwortete Goch, er könne über diesen Gegenstand keine weiteren Mitteilungen machen. Goch richtete weiter an den Ministerpräsidenten bezüglich der Aufgabe, ob seine Aufmerksamkeit auf den Interieur der deutschen Regierung gelenkt werden sei, die Spionage in Deutschland und England zuteil würde; ob er wisse, daß nachgewiesene Spionage in Deutschland eine mildere Behandlung unter weniger entsprechenden Bedingungen noch sich ziele als in England, und ob er nicht auf dem Wege der Vernehmung eine ähnliche Behandlung in England einführen wolle. Ministerpräsident Goch erwiderte, sowohl in England wie in Deutschland sei das Urteil für Spionagedeute in dem Ermessen des Gerichtshofes gestellt und könne je nach Art des Delictes und der Persönlichkeit des Täters verschieden ausfallen. Nichts sei geschehen, was ihn zu der Ansicht bringen könnte, daß eine Änderung des Gesetzes notwendig sei.

* Die Betriebsverhältnisse der preussisch-hessischen Staatseisenbahnen haben im Monat Januar 1912 gegenüber dem gleichen Monat des Jahres 1911 im Vergleich mit den entsprechenden Monaten 3,33 v. H. im Güterverkehr 10,9 Millionen Mark = 10,1 v. H., insgesamt nach Abzug einer Mindereinnahme aus sonstigen Quellen 11,9 Millionen Mark = 7,34 v. H., mehr betragen. Die Zahl der Sonn- und Feiertage war in beiden Jahren gleich.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 20. Februar 1912.

Am Ministerialrat Landwirtschaftsminister Herr v. Schorlemer. Präsident Herr v. Cessa eröffnete die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Zunächst wurde die erste Beratung des Wassergesetzes fortgesetzt.

Herr Dr. Deumer (Nat.): Ich sehe dem Gesetzentwurf nicht ganz so freundlich gegenüber, wie mein Fraktionskollege, der gestern gesprochen hat, und zwar deshalb, weil ich infolge meines höheren Lebensalters den Risiko heute gelenkt habe. (Beifall.)

Herr Dr. Deumer (Nat.): Ich sehe dem Gesetzentwurf nicht ganz so freundlich gegenüber, wie mein Fraktionskollege, der gestern gesprochen hat, und zwar deshalb, weil ich infolge meines höheren Lebensalters den Risiko heute gelenkt habe. (Beifall.)

Herr Dr. Deumer (Nat.): Ich sehe dem Gesetzentwurf nicht ganz so freundlich gegenüber, wie mein Fraktionskollege, der gestern gesprochen hat, und zwar deshalb, weil ich infolge meines höheren Lebensalters den Risiko heute gelenkt habe. (Beifall.)

Herr Dr. Deumer (Nat.): Ich sehe dem Gesetzentwurf nicht ganz so freundlich gegenüber, wie mein Fraktionskollege, der gestern gesprochen hat, und zwar deshalb, weil ich infolge meines höheren Lebensalters den Risiko heute gelenkt habe. (Beifall.)

Herr Dr. Deumer (Nat.): Ich sehe dem Gesetzentwurf nicht ganz so freundlich gegenüber, wie mein Fraktionskollege, der gestern gesprochen hat, und zwar deshalb, weil ich infolge meines höheren Lebensalters den Risiko heute gelenkt habe. (Beifall.)

Herr Dr. Deumer (Nat.): Ich sehe dem Gesetzentwurf nicht ganz so freundlich gegenüber, wie mein Fraktionskollege, der gestern gesprochen hat, und zwar deshalb, weil ich infolge meines höheren Lebensalters den Risiko heute gelenkt habe. (Beifall.)

Herr Dr. Deumer (Nat.): Ich sehe dem Gesetzentwurf nicht ganz so freundlich gegenüber, wie mein Fraktionskollege, der gestern gesprochen hat, und zwar deshalb, weil ich infolge meines höheren Lebensalters den Risiko heute gelenkt habe. (Beifall.)

Herr Dr. Deumer (Nat.): Ich sehe dem Gesetzentwurf nicht ganz so freundlich gegenüber, wie mein Fraktionskollege, der gestern gesprochen hat, und zwar deshalb, weil ich infolge meines höheren Lebensalters den Risiko heute gelenkt habe. (Beifall.)

Herr Dr. Deumer (Nat.): Ich sehe dem Gesetzentwurf nicht ganz so freundlich gegenüber, wie mein Fraktionskollege, der gestern gesprochen hat, und zwar deshalb, weil ich infolge meines höheren Lebensalters den Risiko heute gelenkt habe. (Beifall.)

Herr Dr. Deumer (Nat.): Ich sehe dem Gesetzentwurf nicht ganz so freundlich gegenüber, wie mein Fraktionskollege, der gestern gesprochen hat, und zwar deshalb, weil ich infolge meines höheren Lebensalters den Risiko heute gelenkt habe. (Beifall.)

Herr v. Seyditz (Kons.): Die vorgeschlagene Verfassungsänderung des Reichswahlgesetzes ist ein Verstoß gegen die Verfassung. Die Frage ist ein Verstoß gegen die Verfassung. Die Frage ist ein Verstoß gegen die Verfassung.

Herr v. Seyditz (Kons.): Die vorgeschlagene Verfassungsänderung des Reichswahlgesetzes ist ein Verstoß gegen die Verfassung. Die Frage ist ein Verstoß gegen die Verfassung.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 20. Februar 1912. Ein Bundesratsliche der Staatssekretäre Dr. Dellbrück, v. Trosch, v. Bernuth, Dr. Goltz, Kraatz und Dr. Vico sowie Kriegsminister v. Heeringen.

Präsident Dr. Kaempf eröffnete die Sitzung um 1 Uhr 20 Min. Die erste Beratung des Etats wurde fortgesetzt. Herr v. Seyditz (Kons.) sprach über die Verfassung.

Herr v. Seyditz (Kons.): Die vorgeschlagene Verfassungsänderung des Reichswahlgesetzes ist ein Verstoß gegen die Verfassung. Die Frage ist ein Verstoß gegen die Verfassung.

Herr v. Seyditz (Kons.): Die vorgeschlagene Verfassungsänderung des Reichswahlgesetzes ist ein Verstoß gegen die Verfassung. Die Frage ist ein Verstoß gegen die Verfassung.

Herr v. Seyditz (Kons.): Die vorgeschlagene Verfassungsänderung des Reichswahlgesetzes ist ein Verstoß gegen die Verfassung. Die Frage ist ein Verstoß gegen die Verfassung.

Herr v. Seyditz (Kons.): Die vorgeschlagene Verfassungsänderung des Reichswahlgesetzes ist ein Verstoß gegen die Verfassung. Die Frage ist ein Verstoß gegen die Verfassung.

Herr v. Seyditz (Kons.): Die vorgeschlagene Verfassungsänderung des Reichswahlgesetzes ist ein Verstoß gegen die Verfassung. Die Frage ist ein Verstoß gegen die Verfassung.

Herr v. Seyditz (Kons.): Die vorgeschlagene Verfassungsänderung des Reichswahlgesetzes ist ein Verstoß gegen die Verfassung. Die Frage ist ein Verstoß gegen die Verfassung.

Herr v. Seyditz (Kons.): Die vorgeschlagene Verfassungsänderung des Reichswahlgesetzes ist ein Verstoß gegen die Verfassung. Die Frage ist ein Verstoß gegen die Verfassung.

Herr v. Seyditz (Kons.): Die vorgeschlagene Verfassungsänderung des Reichswahlgesetzes ist ein Verstoß gegen die Verfassung. Die Frage ist ein Verstoß gegen die Verfassung.

Herr v. Seyditz (Kons.): Die vorgeschlagene Verfassungsänderung des Reichswahlgesetzes ist ein Verstoß gegen die Verfassung. Die Frage ist ein Verstoß gegen die Verfassung.

Herr v. Seyditz (Kons.): Die vorgeschlagene Verfassungsänderung des Reichswahlgesetzes ist ein Verstoß gegen die Verfassung. Die Frage ist ein Verstoß gegen die Verfassung.

Herr v. Seyditz (Kons.): Die vorgeschlagene Verfassungsänderung des Reichswahlgesetzes ist ein Verstoß gegen die Verfassung. Die Frage ist ein Verstoß gegen die Verfassung.

Herr v. Seyditz (Kons.): Die vorgeschlagene Verfassungsänderung des Reichswahlgesetzes ist ein Verstoß gegen die Verfassung. Die Frage ist ein Verstoß gegen die Verfassung.

Herr v. Seyditz (Kons.): Die vorgeschlagene Verfassungsänderung des Reichswahlgesetzes ist ein Verstoß gegen die Verfassung. Die Frage ist ein Verstoß gegen die Verfassung.

Herr v. Seyditz (Kons.): Die vorgeschlagene Verfassungsänderung des Reichswahlgesetzes ist ein Verstoß gegen die Verfassung. Die Frage ist ein Verstoß gegen die Verfassung.

Herr v. Seyditz (Kons.): Die vorgeschlagene Verfassungsänderung des Reichswahlgesetzes ist ein Verstoß gegen die Verfassung. Die Frage ist ein Verstoß gegen die Verfassung.

Herr v. Seyditz (Kons.): Die vorgeschlagene Verfassungsänderung des Reichswahlgesetzes ist ein Verstoß gegen die Verfassung. Die Frage ist ein Verstoß gegen die Verfassung.

Herr v. Seyditz (Kons.): Die vorgeschlagene Verfassungsänderung des Reichswahlgesetzes ist ein Verstoß gegen die Verfassung. Die Frage ist ein Verstoß gegen die Verfassung.

Herr v. Seyditz (Kons.): Die vorgeschlagene Verfassungsänderung des Reichswahlgesetzes ist ein Verstoß gegen die Verfassung. Die Frage ist ein Verstoß gegen die Verfassung.

Herr v. Seyditz (Kons.): Die vorgeschlagene Verfassungsänderung des Reichswahlgesetzes ist ein Verstoß gegen die Verfassung. Die Frage ist ein Verstoß gegen die Verfassung.

Herr v. Seyditz (Kons.): Die vorgeschlagene Verfassungsänderung des Reichswahlgesetzes ist ein Verstoß gegen die Verfassung. Die Frage ist ein Verstoß gegen die Verfassung.

Herr v. Seyditz (Kons.): Die vorgeschlagene Verfassungsänderung des Reichswahlgesetzes ist ein Verstoß gegen die Verfassung. Die Frage ist ein Verstoß gegen die Verfassung.

Herr v. Seyditz (Kons.): Die vorgeschlagene Verfassungsänderung des Reichswahlgesetzes ist ein Verstoß gegen die Verfassung. Die Frage ist ein Verstoß gegen die Verfassung.

Herr v. Seyditz (Kons.): Die vorgeschlagene Verfassungsänderung des Reichswahlgesetzes ist ein Verstoß gegen die Verfassung. Die Frage ist ein Verstoß gegen die Verfassung.

Herr v. Seyditz (Kons.): Die vorgeschlagene Verfassungsänderung des Reichswahlgesetzes ist ein Verstoß gegen die Verfassung. Die Frage ist ein Verstoß gegen die Verfassung.

Herr v. Seyditz (Kons.): Die vorgeschlagene Verfassungsänderung des Reichswahlgesetzes ist ein Verstoß gegen die Verfassung. Die Frage ist ein Verstoß gegen die Verfassung.

Herr v. Seyditz (Kons.): Die vorgeschlagene Verfassungsänderung des Reichswahlgesetzes ist ein Verstoß gegen die Verfassung. Die Frage ist ein Verstoß gegen die Verfassung.

Herr v. Seyditz (Kons.): Die vorgeschlagene Verfassungsänderung des Reichswahlgesetzes ist ein Verstoß gegen die Verfassung. Die Frage ist ein Verstoß gegen die Verfassung.

Aus Uruntzigt ist in Kalagar die Nachricht von einem glänzenden Siege der Regierungstruppen über die Republikaner im Argibete eingetroffen. Die Verluste der Republikaner sollen mehrere hundert Mann betragen.

Eine weitere Meldung aus Kadjaga besagt: Die chinesischen Behörden und der russische Generalstab sind übereingekommen, die Beamten, die die Währungsreform ausführen, zu entlassen und ihnen die Zahlung einer Geldentschädigung zu gestatten.

Die Währungsreform in Mexiko. Die Bundesstruppen haben die Stadt Santa Maria in der Nähe von Cuernavaca genommen und eine starke Streitmacht zum Anhängern Zapatas aus den Verhandlungen vertrieben.

Schwere Kämpfe zwischen Revolutionären und Regierungstruppen. Nach einem in Cap Gaitien eingetroffenen amtlichen Bericht hat am 14. d. Mts. nahe der Grenze von San Domingo ein schwerer Kampf zwischen Revolutionären und Regierungstruppen stattgefunden.

Oesterreich-Ungarn und Italien. Der neue österreichisch-ungarische Minister des Auswärtigen, Graf Berchtold, und der italienische Minister des Auswärtigen, Marquis di San Giuliano, tauchten kürzlich in Wien zusammen.

Oesterreich-Ungarn. Der Wiener „Neuen Freien Presse“ zufolge soll Ritter v. Bilinski zum gemeinsamen Finanzminister in Aussicht genommen sein.

Frankreich. Der Senat genehmigte den Artikel 22 des Finanzgesetzes betreffend die Stages von Obligationen in Höhe von 200 Millionen Francs für das Staatsbankrott.

Der russisch-bulgarische Vertrag betr. Zahlung der durch die Befreiung Bulgariens entstandenen Kosten an Bulgarien ist unterzeichnet worden.

Die Luftschiffahrt. Die Abnahmepriüfungsfahrten des „P. L. 11“ sind mit der gelungnen Fernfahrt nach Nordend beendet.

Aus Nah und Fern. 50 Menschen ertrunken. Aus Kalkutta wird gemeldet: Das Schiffschiff „Ghindow“ der Fernverkehrs-Linie von Hongkong scheiterte am Montag einige Meilen von Hongkong.

Der italienisch-türkische Krieg. Wie aus Sfax gemeldet wird, ist daselbst eine aus sieben Militärschiffen bestehende Flottille des englischen Flotten Kommandos eingetroffen.

Lord Halsane über die britische Armee. Im englischen Oberhaus erklärte in der Besprechung des Haushalts des Kriegsministeriums Lord Halsane auf verschiedene Auslassungen Lord Roberts und anderer Redner die Ansicht, die er von möglichen Persönlichkeiten gehört habe.

Die Reform des englischen Oberhauses. Im englischen Unterhaus wies im Verlaufe der Debatte über das Amendement der Opposition zur Adresse, in dem der Reform des Oberhauses vorgetragen wird, Lord Halsane auf verschiedene Auslassungen Lord Roberts und anderer Redner die Ansicht, die er von möglichen Persönlichkeiten gehört habe.

Aus der Republik China. Tsankschang wird heute mit anderen zusammen von Sjanghai nach Peking reisen, um Yuanhsikai nach Peking zu geleiten.

Vertical text on the right edge of the page, likely from an adjacent page or a separate column.

Die Arbeitgeberbewegung im Ruhrbezirk. Gegen Ende des Jahres sollen im Ruhrbezirk verschiedene Arbeitervereine wegen der Arbeitgeberfrage stattfinden.

Provinz Sachsen und Umgebung.

Ein Thüringer Zweigverband?

Die Regierung der Herzogtümer Ansbach und Coburg hat dem in Ansbach tagenden gemeinschaftlichen Landtage eine Resolution vorgelegt, in welcher sie eine Verbandsbildung für diejenigen Beamten fordert, welche im gemeinschaftlichen Dienst der beiden Staaten stehen.

X. Weiden, 20. Febr. (Evangelischer Bund). Der Verein der Evangelischen Prediger Weimars und Umgebungs hat am Montag hier im Saale der Frau Hoffmann eine Versammlung abgehalten.

X. Burg a. M., 20. Febr. (Feuer). - Bau eines Feuerwehrturms. Auf dem Grundstücken des hiesigen Besitzers Heinrich Peters im nahen Obergrüthler tracht der großen Scheune wurde ein aus einer anderen Scheune übertragene Weide Scheune erbaut.

X. Weiden, 20. Febr. (Zur Schenkung des Weinbaues). Zur Veranlassung der Weinbauverwaltung des Weinbaues fand am Sonntag in der Sechsecker eine Versammlung im Saale des Oberpräsidenten von Hegel, des Regierungspräsidenten von Gersdorff, der Landräte von Auerst und Bamberg hier, die sehr gut besucht waren.

Wissenschaft, Kunst und Theater.

W. Zur Feier des Herbstfrühling. Der Kunstverein in Weiden hat am 18. Februar eine öffentliche Sitzung abgehalten, in der die wissenschaftliche Erörterung der Herbstfrühling 5000 Mk.

Landwirtschaftliches.

W. Mauls und Klauenheute. Das Kaiserliche Gesundheitsamt teilt mit: Das Erzeugnis der Maul- und Klauenheute ist gemäß dem Beschloß der Reichsregierung am 18. Februar 1912: ausgebrochen zu erklären, die Gewinde auf dem Schloßhof zu Straßburg, St. am 18. Februar 1912.

Kurorte, Reisen und Wintersport.

Reisen der Hamburg-Amerika-Linie. Abwärtlich mehrmals unter dem Kommando des Kapitäns H. H. H. nach Hamburg und von dort nach London, und immer sind seine Räume angefüllt mit Sonnenbädern der Weichheit, die auch den ärgsten Hypochondriakern zu neuer Lebenskraft und Heiterkeit bringen.

Schiffahrts-Nachrichten.

Deutsche Schiffsahrt. Hamburg, 19. Febr. Reichs-R.D. 'Windhild' 17. Febr. von Rostock ab. Reichs-R.D. 'Sünderland' 18. Febr. von Rostock ab. Reichs-R.D. 'Sünderland' 17. Febr. von Rostock ab.

Letzte Telegramme.

Der neue österreichische Minister des Auswärtigen beim deutschen Kaiser und Reichstagler.

Wien, 21. Febr. Wie die 'Neue Fr. Pr.' meldet, wird der neuernannte Minister des Auswärtigen Graf Berchtold nach Berlin gehen, um sich dem Kaiser vorzustellen und mit dem Reichskanzler und dem Staatssekretär des Auswärtigen persönlich in Fühlung zu treten.

Zur Bewegung unter den englischen Kohlenarbeitern.

London, 21. Febr. Premierminister Asquith hat die Grubenarbeiter und Grubenarbeiter eingeladen, mit ihm und einigen anderen Ministern am 22. d. Mts. im Auswärtigen Amt zu einer Besprechung der ersten Tage zusammenzukommen, die sich aus der Möglichkeit eines Kohlenarbeiterstreiks ergibt.

Schlimer Kampf zwischen Wädler und Gefangenen.

New-York, 21. Febr. Nach einer Meldung aus Puebla verjagte Gefangene aus dem dortigen Gefängnis zu entfliehen. Es entspann sich ein Kampf, wobei 27 Gefangene und Wädler ums Leben kamen. Etwa 20 Gefangene gelang es, zu entkommen.

Börsen- und Handelsteil.

Kaisinhilfen. In der geistigen Aufklärungsrichtung des Kaisinhilfen wurde mitgeteilt, daß der Absatz der Kaisinhilfen im Januar 1912 etwa 1,7 Millionen Mark mehr betrug als im gleichen Monat des Vorjahres, wobei die Menge, welche in Deutschland eingeführt wurde, sich um 1,2 Millionen Mark mehr betrug.

Die Börsen in Paris und London.

Paris, 20. Februar. Wird uns gemeldet: Die Stimmung im Pariser Börse war enttäuscht. Für die Werte der Transportgesellschaften bestand noch Unsicherheit. Rio Tinto lagert träge, befristet sich aber später.

Produkten- und Warenmärkte.

Getreide, Hülsenfrüchte, Futtermittel. - Weizen, 20. Febr. Weizen und Futtermittel. (Kunfliche Notierungen). Die Notierungen verstehen sich für 1000 kg netto ab Station und frei Weiden, Belgien, wüßig, englischer und Sommer, rot 202-204, gelber Sommer, wüßig, bis 184-186 Mk. - Gerste, festig, hiesige Gebotsnotierung 212-222 Mk. - Weizen, festig, hiesige Gebotsnotierung 212-222 Mk. - Weizen, festig, hiesige Gebotsnotierung 212-222 Mk.

L. Hamburg, 20. Februar. Täglich ausländische Notizen in Wert für 1000 kg einjährl. Frucht, Zoll u. Speise. Weizenfestig für den Preisberichtliche des Deutschen Anwaltsverbandes. Weizen: Manitoba III Jan. Febr. - 14 IV Febr. 220 1/2 Mk. - V Febr. 216 1/2 Mk. - VI Febr. 216 1/2 Mk. - VII Febr. 216 1/2 Mk. - VIII Febr. 216 1/2 Mk. - IX Febr. 216 1/2 Mk. - X Febr. 216 1/2 Mk. - XI Febr. 216 1/2 Mk. - XII Febr. 216 1/2 Mk.

Neueste Handels-Depeschen.

W. Weiden, 20. Februar. Noter Weiden 102 1/2, per Mai 104, per Juli 100 1/2, per Septbr., per Dezbr., Weiden per Mai 97, per Juli 97, per Septbr., per Dezbr. 97.

Wasserstände von Saale und Unstrut.

(Etwas über die Wasserstände in der ersten Ausgabe.) Straßfurt 19. Februar + 1,25, 20. Februar + 1,18, 21. Februar + 1,18, 22. Februar + 1,18, 23. Februar + 1,18, 24. Februar + 1,18, 25. Februar + 1,18, 26. Februar + 1,18, 27. Februar + 1,18, 28. Februar + 1,18, 29. Februar + 1,18, 30. Februar + 1,18.

Bank für Handel u. Industrie.

Bank für Handel u. Industrie (Darmstädter Bank) Filiale Halle a. S. Aktienkapital: 160 Millionen Mark. Provisionsfreie Abgabe in festverzinslichen, erstklass. Wertpapieren.

Filiale Halle a. S.

Filiale Halle a. S. Aktienkapital: 160 Millionen Mark. Provisionsfreie Abgabe in festverzinslichen, erstklass. Wertpapieren.

Aktienkapital: 160 Millionen Mark.

Aktienkapital: 160 Millionen Mark. Provisionsfreie Abgabe in festverzinslichen, erstklass. Wertpapieren.

Provisionsfreie Abgabe in festverzinslichen, erstklass. Wertpapieren.

Provisionsfreie Abgabe in festverzinslichen, erstklass. Wertpapieren.

Universitäts- u. Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

Universitäts- u. Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

DFG

DFG

urn:nbn:de:gbv:3:1-17113370-16872166X19120212-17/fragment/page=0003

urn:nbn:de:gbv:3:1-17113370-16872166X19120212-17/fragment/page=0003

